Abend-Ausgabe B.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M.; Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands u. der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10.
(Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 194. **Montag** 15. Juli 1907. **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Die Evangelischen Arbeitervereine Sachsens nahmen gestern in Dresden Stellung zu der Wahlrechtsreform. Zugleich wurde der Zusammenschluß aller nationalen Arbeiter- und Gehilfenorganisationen ins Auge gefaßt. (S. Tgsch.)

* Aus dem Geldschranke der gemeinsamen Ortskrankenkasse für die unterländischen Bezirke sind in Gera in der Zeit vom Sonnabend bis heute früh gegen 4000 ℳ in baar und gegen 3000 ℳ in Versicherungsmarken entwendet worden.

* In Schlesien ist infolge der andauernden Regengüsse Hochwasser eingetreten. (S. Neues a. a. W.)

* In London fanden sozialistische Kundgebungen gegen die englisch-russische Annäherung statt. (S. Ausl.)

Tagesschau.

Die evangelischen Arbeitervereine Sachsens und das neue Landtagswahlrecht.

(:) **Dresden**, 14. Juli.

Im Saale des Hotels zur Herzogin Garten fand heute nachmittag 3 Uhr eine Versammlung der Vorsitzenden und Vertreter der evangelischen Arbeitervereine Sachsens statt, die sehr zahlreich besucht war. Der Vorsitzende des Sächsischen Landesverbandes, Herr Pastor Winter-Dresden, hatte eine dringliche Einladung hierzu ergehen lassen, um den Vertretern der einzelnen Vereine Gelegenheit zu geben, sich über den Entwurf zum neuen Landtagswahlrecht zu äußern. Das Referat hatte Herr Pastor Forberger übernommen. Er wies darauf hin, daß die evangelischen Arbeitervereine Sachsens heute gewissermaßen an einem Wendepunkte stehen und erinnerte an die letzte Wahlrechtsänderung und an die Annahme des Antrages Wach in der Synode. Heute dagegen liege die Kriegserklärung der Regierung an den reaktionären Flügel der Konservativen vor, und der andere Teil der konservativen Partei wende sich der Regierung zu. Es stehe jedenfalls eine bedeutende Spaltung innerhalb dieser Partei bevor. Die Regierung stehe jetzt gewissermaßen zwischen zwei Feuern, und zwar werde sie auf der einen Seite von der Sozialdemokratie und auf der andern Seite von der Reaktion bekämpft. Mit dem neuen Wahlgesetzentwurfe habe die Regierung Grundsätze entwickelt, die man als eine große Staatsweisheit bezeichnen könne. Sie habe in dem Entwurfe die weitgehendste Unparteilichkeit gezeigt und zu erkennen gegeben, daß alle Kräfte im heutigen Erwerbsleben auch Einfluß auf den Gang der Staatsmaschine gewinnen sollen. Der fruchtbarste Gedanke in dem neuen Entwurfe sei derjenige der Verhältniswahl, durch die auch den evangelischen Arbeitervereinen der Weg in den Landtag gebahnt werde. Die Regierung wünsche jedenfalls eine Vertretung dieser Gruppe im sächsischen Landtage, denn sie sei der Meinung, daß die Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht möglich sei, ohne Mitwirkung der nationalen Arbeiter. Ein vollkommen gleiches Wahlrecht, wie bei den Reichstagswahlen, sei für die Landtagswahlen nicht möglich, deshalb dürften sich die evangelischen Arbeitervereine Sachsens nicht ablehnend zu dem Regierungsentwurfe stellen. Auf der andern Seite weisen die evangelischen Arbeitervereine den Gedanken der „Deutschen Tageszeitung" zurück, wonach die Sozialdemokratie nicht im Landtage vertreten sein solle. Es würde eine Torheit sein, diese Massen im sächsischen Landtage unvertreten sein zu lassen. Wer nicht eine phantastische, sondern eine reale Politik treiben wolle, der müsse das Erreichbare erstreben und der Vorlage zustimmen. Jedenfalls sei der neue Entwurf ein großer Fortschritt gegen die Vorlage von 1904. Das größte Interesse habe für die evangelischen Arbeitervereine die Einführung der Verhältniswahl, denn hierdurch sei der Weg für die evangelischen Arbeitervereine zur II. Kammer offen. Wenn es gelinge, einen Vertreter der evangelischen Arbeitervereine in den Landtag zu entsenden, dann habe dieser die Pflicht, die Interessen aller der Arbeiter zu vertreten, die z. B. niemals für die konservative Partei zu haben sind. Der Redner schlug schließlich die Annahme nachstehender Resolution vor:

I. Der Landesverband der evangelischen Arbeitervereine Sachsens erkennt unter Ablehnung des Strebens nach unerreichbaren Zielen und unter Vorbehalt der Stellungnahme zu einzelnen Fragen, mit Freuden den großen Fortschritt an, welchen der Regierungsentwurf zu einer volkstümlicheren Gestaltung des Landtagswahlrechts bedeutet, insbesondere, daß dadurch eine wesentlich stärkere Vertretung der Arbeiterinteressen aber auch durch die Verhältniswahl eine gerechte Vertretung der Minderheiten gewährleistet werden soll.

II. Der Landesverband bittet die Herren Landtagsabgeordneten, dem Regierungsentwurfe im wesentlichen zuzustimmen, insbesondere dem Grundsatze der Verhältniswahl, damit die dringend notwendige Reform nicht abermals verschoben werde.

III. Der Landesverband fordert seine Mitglieder auf, bei der bevorstehenden Landtagswahl nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, welche sich bereit erklären, für eine Reform auf Grund des Regierungsentwurfes zu stimmen.

Diese Resolution wurde nach längerer Debatte einstimmig angenommen.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung über den Zusammenschluß aller nationalen Arbeiter- und Gehilfenorganisationen. Das Referat hierzu erstattete Herr Pastor Winter. Er betonte, daß dieser Zusammenschluß ganz besonders zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens bei den Landtagswahlen erfolgen solle, damit auch der kleine Mann aus dem Volke in Zukunft im Landtage vertreten ist. Es handle sich um den Zusammenschluß der Handlungsgehilfenverbände, der christlichen Gewerkschaften, der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, der Privatbeamten, der Werkmeister- und Kellnerverbände usw. In Leipzig sei dieser Zusammenschluß geglückt, und es habe bereits ein gemeinschaftliches Fest stattgefunden, bei dem 12 000 Menschen anwesend waren. Dieser nationale Landesverband könne vielleicht den Namen „Sächsischer nationaler Volksbund" führen. Zunächst müsse jeder Verein in seinem Orte einen Ausschuß bilden, der diese Angelegenheit in die Hand nehme, worauf dann in Dresden ein Landesausschuß gebildet werden müsse. Weitere Aufgaben seien dann die Bildung von Wahlfonds, die Aufstellung der Kandidaten usw. Vielleicht gelinge es dann auch, für nächsten Sommer einen nationalen sächsischen Volkstag nach Dresden einzuberufen. In der Debatte wünschte Schulz-Leipzig eine weitere Ausdehnung der Tätigkeit dieses Volksbundes auf die Wahlen zu den Gewerbegerichten, die Stadtverordnetenwahlen, die Krankenkassenwahlen usw. Außerdem müsse der Volksbund auch für die weitere Fortbildung der nationalen Arbeiterschaft sorgen, wie dies in ausgiebiger Weise bei der Sozialdemokratie geschehe. Nachdem noch einige weitere Redner gesprochen hatten, schlug Herr Pastor Winter die Annahme folgender Resolution vor:

„Der Landesverband beschließt, baldigst energische Maßnahmen zu treffen, um im Falle der Annahme der Landtagswahlrechtsreform bei den künftigen Wahlen eine Vertretung seiner Bestrebungen im Landtage zu erringen. Er fordert sämtliche Vereine auf, besonders auch zu diesem Zwecke mit verwandten Gehilfen- und Arbeiterverbänden zu gemeinsamen Arbeitsausschüssen sich sofort zusammenzuschließen."

Auch diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Den Schluß der Beratungen bildete eine Beschlußfassung über das wöchentliche Erscheinen des „Evangelischen Arbeiterblattes", welches gegenwärtig aller 14 Tage erscheint.

Teuerungszulagen an Beamte.

Daß die allgemein anerkannten Teuerungsverhältnisse von den Beamten mit geringerer Besoldung am drückendsten empfunden werden, ist eine Tatsache, die schon verschiedene größere Städte und Gemeinden, das Reich und einige Bundesstaaten veranlaßt hat, fest angestellten Arbeitern und Beamten entweder einmalige Teuerungszulagen zu gewähren oder eine sonstige Gehaltserhöhung eintreten zu lassen. Gehaltserhöhung und Teuerungszulage sind indessen zwei verschieden zu beurteilende Begriffe; erstere hat den Vorzug, daß sie den Bedachten auch künftig zugute kommt, letztere hat den Nachteil, daß sie nur einmalig ist. Aber ganz abgesehen davon ist bei allen Teuerungszulagen, die bisher gewährt worden sind, nicht immer Wert darauf gelegt worden, wer einer solchen Zulage am dringlichsten und reichlichsten bedarf. Da sind zunächst einige Gesichtspunkte, die in den Vordergrund geschoben werden und scheinbar als Richtschnur dienen, den wirklichen Verhältnissen kommen sie aber nicht genügend nahe. Die Frage: welche Beamte die Teuerungsverhältnisse am meisten drückt, findet fast ausnahmslos immer Beantwortung darin, daß es die sind, deren Gehalt bis etwa 2500 ℳ beträgt. Der Familienstand aber, auf den es vor allen Dingen ankommen sollte, wird außer Betracht gelassen und höchstens damit berücksichtigt, daß Unverheiratete von der Teuerungszulage ausgeschlossen oder nur mit einem Teil bedacht werden. Wenn Reich und Staaten die persönlichen Verhältnisse der mit Teuerungszulagen Bedachten nicht genügend gewürdigt haben, vielleicht auch bei der Kürze der Zeit, in der diese Vorlagen zu erledigen waren, nicht würdigen konnten, so kann dies füglich entschuldigt werden. Wenn aber Gemeinden und kleinere Staaten darauf keine Rücksicht nehmen, so muß dies getadelt werden. Teuerungszulagen sollen in erster Linie bestimmt sein, dem durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse in arger Not befindlichen Familienvater zu helfen; darum ist es erforderlich, daß Teuerungszulagen nach der Kopfzahl der Familie bemessen und somit alle Härten ausgeglichen werden. Jeder andere Maßstab bei der Festsetzung von Teuerungszulagen wirkt ungerecht und unsozial! Daß jedem, der als Beamter oder Angestellter eines Gemeinwesens auf einen geringen Gehalt angewiesen ist, sei er verheiratet oder nicht, eine Teuerungszulage zu gönnen ist, ist selbstverständlich, nur muß, wie gesagt, bei dem Verheirateten auf die Zahl der Kinder genügende Rücksicht genommen und für diese eine entsprechende Erhöhung vorgesehen werden.

Zeitungsstimmen.

* **Zur Wahlrechtsvorlage** seien noch folgende Stimmen wiedergegeben: Die „Nat.-Lib. Korr." schreibt:

War es eine „Flucht in die Oeffentlichkeit", als die sächsische Regierung sich dazu entschloß, schon jetzt, einige Monate vor Wiederbeginn der Beratungen der sächsischen Kammern den Entwurf zum neuen Wahlgesetz mit seiner Begründung zu veröffentlichen? Der Entwurf steht jetzt im Brennpunkt der Erörterungen über die innerpolitischen Fragen Sachsens. Von den Konservativen wird es abhängen, ob eine gedeihliche Reform des Wahlrechts auf der Grundlinie des Regierungsentwurfes sich ermöglicht. Die Gruppe der Agrar-Konservativen unter Führung des Abgeordneten Mehnert scheint sich dem vorliegenden Reform-Entwurfe kühl ablehnend gegenüber zu verhalten und es auf eine Machtprobe ihres Einflusses ankommen lassen zu wollen. Indes machen sich in anderen konservativen Kreisen, wie die Kundgebung des Herrn v. Nostitz-Wallwitz im Dresdener konservativen Verein beweist, doch kräftige Strömungen geltend, die sich der Verantwortlichkeit der gesamten konservativen Partei wohl bewußt sind. Sollte der Mehnertsche Flügel diese Zeichen nicht verstehen und mit ihm das Gros der jetzigen konservativen Partei ebenfalls nicht, so müßte ein Appell der Regierung an die Wählerschaft durch Auflösung der jetzigen Zweiten Kammer für den Entwurf bei den einzigen Neuwahlen eine Mehrheit bringen und auch den Einfluß der agrar-konservativen Herrschaft in Sachsen endgültig beseitigen. Ob sie den Bogen überspannen wollen, haben die Konservativen noch reiflich Zeit, sich zu überlegen. Mit der Veröffentlichung des Entwurfes zeigte ihnen die Regierung den Weg zur Einkehr bei sich selbst. Beschreiten sie ihn nicht, dann könnten ihnen leicht auf viele Jahre hinaus die Pforten verschlossen werden, durch welche ihnen der Eintritt zur Ausübung selbst eines bescheidenen legitimen politischen Einflusses möglich ist; das jetzige künstlich hergestellte Uebergewicht der sächsischen Agrar-

Feuilleton.

O wüßten doch die Menschen die Götterkraft der Phantasie zu brauchen, sie, die allein den Geist ins Freie stellt, ihn über jede Gewalt und jede Beschränkung weit hinausträgt!

Schleiermacher.

*

Das sentimentale Jahrhundert.

Zur Charakteristik der guten, alten Zeit.

Von Dr. Max Pollaczek (Berlin).

Es sind etwa hundertundzwanzig Jahre her, da unternahm eine vornehme kurländische Dame eine Reise nach Deutschland. Sie ging mit einem ziemlichen Gefolge, unter dem ihre Gesellschafterin ihrem Herzen am nächsten stand. Ja, Charlotte, oder wie sie sich lieber nannte, Elise von der Recke, die Tochter des baltischen Barons, die Schwester der Herzogin von Kurland, war mit Sophie Becker, der Pastorstochter, aufs innigste befreundet. Frau von der Recke hatte sich nach kurzer Ehe mit einem preußischen Offizier scheiden lassen und lebte nun ganz der Pflege ihrer schwachen Gesundheit und schöngeistigen Liebhabereien. Eine gleichgesinnte Seele hatte sie in der Becker gefunden, die freilich viel resoluter, klarer und verständiger war.

Eine merkwürdige Zeit, man beobachtete sich selbst so genau, wie es jetzt ein moderner Seelenanalytiker tut, und täuschte sich dabei vorsätzlich selbst, da jeder in sich eine schöne Seele entdecken wollte. Man quoll über von süßen Gefühlen und edlen Empfindungen, man baute Freundschaftsaltäre, bekränzte sie — das ist alles wörtlich zu nehmen — mit Blumen und dichtete einander täglich an. Himmelblaues Schwärmen und rationalistisches Kritteln, verschwommene Weltbürgerlichkeit und übelstes Philistertum gingen Hand in Hand. Man glaubte den Gipfel der Zivilisation erklommen zu haben und wußte nicht, daß den nachfolgenden Generationen ein Aufstieg beschieden war, wie ihn die Menschheit noch nicht erlebt hatte, ein Aufstieg, der heute noch andauert.

Man liebt es heutzutage nicht, das „Wie wir's so herrlich weitgebracht", zu betonen, und doch, wer uns eines in den Wirrnissen und Kämpfen der Gegenwart Mut und Zuversicht einzuflößen vermag, so ist es ein Vergleich mit vordem. Wir sind weiter gekommen, erheblich weiter, und diese tröstliche These zu erweisen, sind die Reisebriefe der Sophie Becker sehr hübsch geeignet. Sie beobachtet scharf, hat durch ihre Stellung Gelegenheit, Menschen aller Stände vom Fürsten bis zum leibeigenen Kutscher kennen zu lernen, verfügt über eine für das Frauenzimmer der damaligen Zeit seltene Bildung und bon sens. Sie weiß sich zu bescheiden, aber sie ist „Philosophin" und selbstbewußt genug, um nicht vor jeder Kavaliersgnade in Ehrfurcht zu ersterben. Aus ihren Erlebnissen und Erfahrungen soll Charakteristisches hier erzählt werden. Anekdotisches, aber gerade dieses illustriert mitunter eine Epoche besser als eine lange Abhandlung.

Fürst und Untertan. Der Vorfall, der den Serenissimus von damals kennzeichnet, spielt im Jahre 1785. Er sei im wesentlichen mit Sophiens Worten erzählt. Ein junger, wohlgestalteter Mensch von guter, aber armer Familie, tritt bei dem Fürsten von Zweibrücken (Karl II. August Christian) als Jäger in Dienst. Nachdem er mehrere Jahre seine Pflicht getreu erfüllt hatte, schrieb ihm sein alter Vater, er möchte heimkommen und das kleine Gütchen übernehmen. Der junge Mann wendet sich an den Hofmarschall und der rät ihm, den Fürsten erst dann um seine Entlassung zu bitten, wenn dieser gut gelaunt sei. Er tut dies, wird aber abgewiesen. „Hat sein Vater so lange allein gelebt, so kann er sich wohl noch länger behelfen." Eine zweite mündliche Bitte hat denselben Mißerfolg, und so versucht es der Jäger mit einer schriftlichen Supplik. Diesmal erhält er zur Antwort, er solle anderen Tages aufs Schloß kommen und seinen Abschied erhalten. „Der junge Mensch, ganz erfreut, packt seine Sachen den Abend noch zusammen und bestellt sich auf den Morgen früh Postpferde. Den anderen Morgen, als er zum Fürsten kommt, fällt er ihm zu Fuß und dankt für seine Gnade, versichert auch dabei, wenn er nicht den Willen eines rechtschaffenen Vaters durch seinen Abschied hätte erfüllen müssen, so hätte er sich glücklich geschätzt, in seinem Dienste zu bleiben." „Ja, er soll seinen Abschied haben!" ruft der Fürst mit einem so grimmigen Gesicht, daß unser Jäger zu zittern anfängt. Und nun treten auf des Fürsten Befehl einige Leute hervor, die ihn greifen, an Händen und Füßen binden, auf einen Bund Stroh werfen und nun seinen ganzen Leib auf die entsetzlichste Art zerprügeln, so daß der arme junge Mensch kaum so viel Kraft behält, sich nach vollendeter Exekution ins nächste Haus zu schleppen, wo er fünf Wochen auf dem Bette liegen muß." — — „Sobald er wieder aus dem Bette sein kann und über der Grenze ist, schreibt er an den Fürsten folgenden Inhalts: „Der Teufel in der Hölle konnte keinen besseren Abschied geben, als den Sie mir erteilt haben. Meine Gesundheit ist nun hin, dafür, daß ich einem alten, geliebten Vater gehorsam war. Abscheulicher Fürst, solange ein Blutstropfen in meinen Adern fließt, bist du vor meiner Rache nicht sicher; ich schieße dich tot, wo ich dir nur immer auflauern kann. Aber ich will nicht so niederträchtig, als du mich behandelt hast, handeln, sondern es dir vorher sagen, damit du auf deiner Hut sein kannst." Diesen Brief erhielt Serenissimus auf der Jagd. „Der Fürst erblaßt, eilt nach Hause und hält sich drei Wochen in seinem Schlosse. Nachher ist ihm doch nichts begegnet, die Rache des jungen Menschen mag wohl verrauscht sein."

Charakteristischer kann das Wesen eines jener kleinen Despoten aus der Epoche des Seelenhandels nicht geschildert werden. Und das geschah in einer Zeit, da Friedrich der Große und Joseph II. ihre Throne zierten.

Erziehung. Basedow, der große Reformator des Erziehungswesens, ist der Held der zwei kleinen Anekdoten, die Sophie zu erzählen weiß. „Es besucht ihn einmal jemand und wünscht seine Tochter Emilie zu sehen. Basedow sagt ihm, sie hätte noch wegen einer Ungezogenheit gegen ihre Mutter zu büßen und dürfte die Gesellschaft nicht genießen. Der Fremde dringt aber sehr in ihn, weil er sich nicht lange aufhalten könnte. Nun läßt er Emilie kommen und mit dem ersten Schritte ins Zimmer reicht er ihr eine Maulschelle, daß das Mädchen taumelnd aus dem Zimmer gebracht werden muß. — Als er sie nach Hamburg zu einer Anverwandten reisen läßt („um dort ihre Schulwissenschaften zu vergessen", gibt die Erzählerin boshaft als Grund an), so gibt er ihr auch zum letzten Abschied eine ähnliche (Ohrfeige) mit auf den Weg, um sie mit dem Eindrucke der väterlichen Gewalt von sich zu lassen." — Auch ein Beispiel gemißbrauchter Disziplin.

Sittlichkeit. Sophie Becker ist nicht prüde, sie scheut vor einem kräftigen Wörtlein nicht zurück und hat an pikanten Erzählungen eine gewisse Freude. Man wird an dem folgenden Histörchen sehen, daß sie nicht anklagt und nicht verteidigt, sondern zu erklären versucht. Man ist im Bade, in Brückenau, das dem Bischof von Fulda gehört und in dem es sehr lustig zugeht. „Eine junge, liebenswürdige Frau machte Elise die naive Mitteilung, daß es jetzt schwer wäre, treu zu bleiben, indem die jungen Leute den Frauen gar zu sehr die Aufwartung machen, und in der Tat wäre kaum eine, die nicht ihren Galan hätte. Sie wünsche nur, daß sie sich ferner bewahren könnte, sie liebe ihren Gemahl wohl recht herzlich, aber sie hätte doch manchmal was von seinem Eigensinne zu ertragen." Philosophisch fügt die Schreiberin hinzu: „Ich schreibe diese Lebensart in dieser Gegend der Menge von Domherren zu, die in der Welt Gottes nichts zu tun haben, als ihre Präbenden zu verzehren, und da sie dem Ehestande entsagen müssen, ihr müßiges Herz zu beschäftigen." Einmal freilich ärgert sie sich, als sie in die Familie eines Sondershausener Regierungsrates kommt und dort den 21 Jahre alten Sohn kennen lernt, der vor kurzem auf Betreiben seines Vaters eine Frau von 76 Jahren, die sie zuerst für die Großmutter hielt, geheiratet hatte. Er war ihr vierter Mann. Da sagt sie dem vorsorglichen Vater, der ihr die Gründe für diesen Schritt auseinandersetzt, aufrichtig ihre Meinung.

Gesellschaftliche Vorurteile. Eine Episode, die man deswegen amüsant nennen kann, weil sie durch Elisens Eingreifen zum guten Ende kommt, wirft ein helles Licht auf die gesellschaftlichen und kirchlichen Zustände. Die „Schenkerin" des Gasthauses, in dem die Reisenden einkehren, liegt in Kindsnöten. Sie hat schon, als ihr Zustand bekannt wurde, sechs Taler Strafe zahlen müssen, aber größeres Ungemach scheint ihr noch bevorzustehen. Ihr Liebhaber, ein blutarmer Handwerksgeselle, will sie zwar auf der Stelle heiraten, aber sie ist nicht mehr imstande, zur Kirche zu gehen. Wird aber das Kind vor vollzogener Trauung geboren, so ist es nicht zurechtfähig, d. h. zu einem elenden Landstreicherleben verdammt. Auf Sophiens Frage, ob nicht der Pfarrer ins Haus kommen könne, wird ihr geantwortet, daß dies zehn Taler Strafe (Gebühr) an das Konsistorium kostete — eine un-

SLUB
Wir führen Wissen.